

## **Jugend und Politik: Jugendliche fordern mehr politische Mitbestimmung**

Junge Menschen wollen laut einer Umfrage stärkeren Einfluss auf die Zukunft der Gesellschaft haben. Ein Weg aus ihrer Sicht: mehr Volksabstimmungen

22. März 2019, 10:55 Uhr

Jugendliche wollen bei gesellschaftlichen Zukunftsfragen mehr mitbestimmen können. Das ergibt eine repräsentative Umfrage des Opaschowski Instituts für Zukunftsforschung, bei der 1.000 Menschen ab 14 Jahren befragt wurden. Danach habe es in den vergangenen fünf Jahren eine starke Zunahme bei den unter 20-jährigen Jugendlichen gegeben, die "viel mehr Volksabstimmungen für die Bürger" fordern. Während dies 2014 nur 73 Prozent der Jugendlichen forderten, sind es heute 94 Prozent.

"Die Jugendlichen vermissen in der Politik klare Vorstellungen darüber, wie unsere Gesellschaft in 20, 30 Jahren aussehen soll", sagte der Institutsleiter und Zukunftsforscher Horst Opaschowski. Er erwähnte im Zusammenhang mit den Studienergebnissen unter anderem die Fridays-for-Future-Proteste für Klimaschutz. Diese seien ihm zufolge eine neue Mitmachbewegung im Sinne von Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes, wonach alle Staatsgewalt "in Wahlen und Abstimmungen vom Volke ausgeht" und Parteien bei der politischen Willensbildung lediglich "mitwirken", aber nicht allein bestimmen sollen. "Die jugendlichen Protestgruppen richten sich gegen Politprofis, die sich zu verselbstständigen drohen und dabei die Interessen kommender Generationen aus den Augen verlieren", sagte Opaschowski.

Die Jugendlichen fordern demnach auch mehr selbstständiges und verantwortliches Handeln im Unterricht. So befürworteten 92 Prozent die Aussage: "Zu den wichtigsten Erziehungszielen der Zukunft werden Selbstständigkeit und Selbstvertrauen gehören, die in schulischen Projekten gefördert und eingeübt werden müssen."

Laut Opaschowski sei deshalb auch die Forderung von Politikerinnen falsch, dass sich Jugendliche in ihrer Freizeit engagieren wollten, statt hierfür vom Unterricht fernzubleiben. "Bildungspolitiker müssten genau umgekehrt argumentieren: Relevante Zukunftsprojekte wie die Fridays-for-Future-Bewegung müssen von der Straße in den Unterricht und schulischen Alltag geholt werden, statt Mauern zu bauen und sich abzugrenzen", sagte der Zukunftsforscher.